

## **Pressemitteilung**

Leer, 08.10.2010

### **Dieter Baumann zu EWE: „Versagen auf ganzer Linie“**

Leer. Im Rückblick auf die Ereignisse der vergangenen Tage hat der Vorsitzende der CDU/BfR-Gruppe im Leeraner Kreistag, Dieter Baumann, den EWE-Gremium völliges Versagen vorgeworfen.

„Wenn man sich das Scherf-Angebot von nur 40 % Rückzahlung und die drastische Preiserhöhung von 15,9 % sowie die Art und Weise der Begründung beider Beschlüsse der EWE anschaut, kann man der EWE nur bescheinigen, dass sie auf ganzer Linie versagt hat“, so der EWE-Kritiker Dieter Baumann.

Der Scherf-Vorschlag bedeute eine Rückzahlung von „lächerlichen“ 40 % der Ansprüche der Kunden aufgrund des BGH-Urteils. „Ein solches Angebot ist eine Zumutung und ein Schlag ins Gesicht für jeden, der auf einen fairen und gerechten Vorschlag von Scherf gesetzt hat“, kritisiert Baumann.

Die Art der Berechnung des Angebotes sei „eine einzige Zahlentrickserei“. Man habe Preissenkungen in der umstrittenen Periode teilweise zu Unrecht und teilweise falsch gegengerechnet. Die EWE beginne am 01.04.2007 mit einer Preissenkung, die sie gegenrechne. Dies geschehe zu Unrecht, da die Senkung zum 01.04.2007 noch auf der Grundlage der alten, nicht vom BGH-Urteil umfassten Geschäftsbedingungen erfolgt sei.

Baumann: „Weitere Gegenrechnungen mit den Preissenkungen 01.02.2009 und 01.04.2009 entbehren jeder mathematischen Logik. Obwohl die Berechnungen der Kunden die Preissenkungen schon berücksichtigen, ziehen die EWE-Rechenkünstler die Senkung zum Schluss noch einmal ab. Das ist ein Taschenspielertrick, den ich weder Herrn Scherf noch unseren Landräten Theuerkauf und Bramlage, die die Berechnung verteidigen, zugetraut hätte. Entweder wird absichtlich getrickst, oder es gibt nur eine Erklärung: Mathe sechs!“

„Herr Scherf und die EWE wollten nach eigenen Angaben mit ihrem Angebot Vertrauen der Kunden zurückgewinnen. Das Gegenteil habe sie erreicht. Ich habe den Eindruck, dass es gar nicht um die propagierte

„kundenfreundliche Lösung“ ging, sondern lediglich darum, mit einem

großen Pressewirbel die erforderliche Rückzahlung der EWE möglichst niedrig zu halten. Dieser Schuss ist klar nach hinten losgegangen!“ so Baumann.

Der Versuch, sich um die volle Rückzahlung zu drücken und ca. 150 Millionen € zu sparen, werde sich noch zu einem Bumerang entwickeln. Statt Kunden zu halten, werde man jetzt viele verlieren, die zornig den Anbieter wechseln. Baumann: „Unternehmensversagen wird vom Markt bestraft.“

Die „Spitze der Unverfrorenheit“ sei dann die gleichzeitige Erhöhung des Gaspreises um 15,9 % gewesen.

Die Behauptung der EWE, diese Erhöhung sei sowieso erforderlich und habe mit der angebotenen Teil-Rückzahlung nichts zu tun, sei völlig unglaubwürdig.

Baumann: „Zur Zeit erhöhen 61 Versorger die Preise bis zu 19 %; gleichzeitig senken 54 Versorger die Gaspreise um bis zu 18 %.

Die EWE liegt also bei einer Spanne von 18 % Senkung und 19 % Erhöhung fast an der Spitze. Da soll man nicht auf den Gedanken kommen, dass zumindest ein großer Teil der Erhöhung zur Finanzierung der Rückzahlung genutzt wird?“

Zu wenig Rückzahlung und zu viel Preiserhöhung – das werde zu Reaktionen von noch treuen EWE-Kunden führen, die Henning Scherf sowie die Führungsgremien der EWE zu verantworten haben, so Baumann.

Zu dem Verhalten mehrerer Vertreter von Kreisen und Städten in den Verbandsgremien, die Weisungsbeschlüssen ihrer Parlamente unterlagen, erklärt Baumann: „Die Abstimmungsergebnisse haben mich entsetzt. Wenn das nicht zu klaren Konsequenzen führt, können wir Weisungsbeschlüsse künftig gleich in den Papierkorb werfen!“

Baumann kündigte an, dass die CDU/BfR-Gruppe im Leeraner Kreistag über Konsequenzen in Kürze beraten werde.

Er geht im übrigen davon aus, dass das Angebot der EWE von 40 % keinen längeren Bestand haben werde. „Die ersten Zahlungsurteile auf der Grundlage des BGH-Urteils werden im November erwartet. Wenn diese wie erwartet eine 100 %-ige Rückzahlung an den Kunden bestätigen, wird entweder die EWE nachbessern müssen oder jeder Kunde kann ohne Risiko seinen kompletten Anspruch einklagen.“

Baumann rät allen Kunden, diese Urteile abzuwarten. Dann werde es erforderlichenfalls zu Sammelklagen kommen.